



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 97. Ratssitzung vom 5. Juni 2024

3298. 2023/320

### Motion von Anna Graff (SP) und Yves Henz (Grüne) vom 28.06.2023: Angebot für eine kostenlose Infektionsprävention

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Anna Graff (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1989/2023): Die COVID-19-Pandemie führte der Welt vor Augen, wie wichtig eine umfassende Infektionsprävention für die Gesundheit aller Menschen, für das gesellschaftliche Zusammenleben und für die Wirtschaft ist. Das gilt nicht nur für COVID, sondern für andere Ausbrüche von Infektionskrankheiten, die immer wieder auftreten. So wurden aufgrund von Masernausbrüchen kürzlich Schulen geschlossen. Tragischerweise wären gewisse dieser Ereignisse komplett zu verhindern. Masernausbrüche wurden seit Jahrzehnten abgewendet, weil es eine gute und sichere Impfung gibt, mit der die Krankheit bei einer genug hohen Impfungsrate auszurotten wäre. Bei anderen Krankheiten rottet die Impfung die Krankheit zwar nicht aus, hohe Immunisierungsraten reduzieren aber das Übertragungsrisiko und die Gefahr für die infizierte Person. Aus einer «Public Health»-Perspektive ist es zentral, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen, damit möglichst viele Menschen ihren Beitrag zur Infektionsprävention leisten. Dazu gehören Impfungen, je nach Krankheit auch Tests, um eine Infektion festzustellen und die Übertragungskette zu unterbrechen. Ein Aspekt, der Menschen von diesen infektionspräventiven Massnahmen abhält, ist schädliches Halb- und Unwissen, sowie Ängste und Unsicherheiten, die besonders im Zusammenhang mit Impfungen bestehen. Nebst emotionalen Faktoren gibt es in der Praxis einen weiteren Hinderungsgrund der Infektionsprävention: die Kosten für Privatpersonen. Die SP fordert mit den Grünen ein niederschwelliges Angebot für kostenlose Infektionsprävention in Zürich, das kostenlose Beratung, Tests bei Infektionsverdacht und Impfungen umfasst. Damit wollen wir erreichen, dass sich die Menschen in Zürich nicht aus Kostengründen gegen Tests oder Impfungen entscheiden. Aufgrund der Finanzierung des Schweizer Gesundheitssystems verzichten viele Menschen im Präventionsbereich auf medizinische Massnahmen, da sie sich wegen hohen Franchisen keine Impfungen und Tests leisten können oder wollen. Solche Fälle sind durch dieses Angebot zu verhindern. Der Auftrag soll auf dem bestehenden Test- und Impfangebot der Stadt und gemeinderätlichen Auftrag im infektionspräventiven Bereich aufbauen. Wir verstehen, dass für eine optimale Umsetzung des Anliegens umfassende*



*Abklärungen getroffen werden müssen. So sind wir bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Andreas Hauri:** *Der Stadtrat ist bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen, da es ein Thema aufnimmt, das medizinisch und gesellschaftlich relevant ist. Infektionskrankheiten haben Folgen auf der individuellen und gesellschaftlichen Ebene. Darum ist Präventionsarbeit wichtig. Das Anliegen nehmen wir lieber als Postulat entgegen, da wir nicht direkt eine kreditschaffende Weisung garantieren können. Zuerst müssen Abklärungen vorgenommen werden, damit gezielt geprüft werden kann, welche Präventionsarbeit oder welches Angebot wo nötig ist. Prüfung heisst, dass wir die aktuelle Situation in der Stadt bezüglich heutiger Infektionskrankheiten untersuchen. Hierbei werden Ausmass, Folgeschäden, Kosten und betroffene Zielgruppen evaluiert. Einige Pilotprojekte laufen bereits. Mit diesem Postulat werden allfällige Lücken geprüft.*

Weitere Wortmeldungen:

**Thomas Hofstetter (FDP):** *Testen, Impfen und Beraten sind zentrale Massnahmen in der Infektionsprävention. Was die Motion fordert, ist ein umfassendes Angebot, mit dem sich die Stadtzürcher Bevölkerung kostenlos beraten, testen und impfen lassen kann. In diesem Zusammenhang kann man sich vor Augen führen, welche Angebote für die Bevölkerung bereits kostenlos sind. Gewisse dieser Angebote unterstützte die FDP und ist froh darüber, dass sie existieren. Ich stelle mir aber die Frage, ob die Motionäre wissen, dass Infektionskrankheiten keine Stadtgrenzen kennen. Die Bevölkerung ist mobil und trägt Erreger aus der Stadt hinaus und in sie hinein. So wäre nur ein koordiniertes Vorgehen zwischen Bund, Kanton und Stadt sinnvoll. Zu den Kosten sagt die Motion nichts, jedoch wären sie sehr hoch, da die gesamten übertragbaren Infektionskrankheiten inkludiert wären. Die Motionäre versuchen die Kosten auf die Krankenkasse zu überwälzen, was zwangsläufig zu steigenden Prämien führen würde. Ob Sie das wollen, bin ich mir nicht sicher. Zudem müssten alle Leistungen, die nicht im Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) geregelt sind und durch die obligatorische Krankenversicherung bezahlt werden, durch die Stadt getragen werden. Wenn Sie wollen, dass die Krankenkasse mitbezahlt, müssen Sie das KVG ändern. Das ist nicht auf unserer Stufe. Übertragbare Krankheiten machen 4,7 Prozent aller Gesundheitskosten aus. Unsere Aufgabe als Politiker ist es, uns zu fragen, wo und wie welche beschränkten staatlichen Mittel am sinnvollsten und effizientesten eingesetzt werden sollen – nicht damit wegen falscher Allokation von finanziellen Mitteln woanders Angebote nicht mehr finanziert werden können. Die FDP lehnt das Anliegen als Motion und als Postulat ab.*

**Nicolas Cavalli (GLP):** *Es ist klar, dass es enorm wichtig ist, sich vor Infektionskrankheiten zu schützen. Der Stadtrat schreibt, dass die Motion in ihrer ursprünglichen Form sehr allgemein gefasst sei. Unsere Erwartung ist, dass der Stadtrat mit der Umwandlung*



*in ein Postulat erörtert, wie er das Angebot zielgerichtet den Personen zukommen lassen kann, die Mühe haben, den Zugang zu solchen Angeboten zu finden. Es soll zu keinen Doppelspurigkeiten kommen und auf bestehenden Angeboten aufgebaut werden. Es ist nachvollziehbar, dass dafür zuerst eine Analyse gemacht werden muss. Als Postulat unterstützen wir den Vorstoss, als Motion lehnen wir ihn ab.*

**David Ondraschek (Die Mitte):** *Soziologisch betrachtet bringt schlaue Prävention sowohl auf Ebene des Einzelnen als auch der Gesellschaft Vorteile. Trotzdem folgen wir der Argumentation des Stadtrats, dass die Motion zu umfassend formuliert ist und einer Fokussierung auf bestimmte Infektionskrankheiten, Dienstleistungen oder Zielgruppen im Weg steht. Einer Analyse zwecks gezieltem Ressourceneinsatz im Rahmen eines Postulats können wir zustimmen. Damit würde eine Eingrenzung des Angebots auf Personen mit geringem Einkommen geprüft, was wir befürworten. Als Motion lehnen wir ab.*

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** *Die AL teilt das Anliegen der Motionär\*innen. Die Tatsache, dass sie die Wichtigkeit der sozialen Frage bei der Gesundheitsversorgung betonen, macht das Anliegen für uns besonders sympathisch. Allerdings müssen wir dem Stadtrat recht geben, wenn er die fehlende Fokussierung des Anliegens kritisiert. Die Datenlage ist ungenügend, darum muss für den grossen verlangten Schritt im Infektionsbereich alles im Ungefähren bleiben. Das macht das Anliegen problematisch. Wie relevant eine Infektionskrankheit ist, ist von der betroffenen Bevölkerungsgruppe und dem Kontext abhängig. Das bedeutet, dass wir ins Blaue hinausplanen, was selten gut ist. Mittels der Informationen können wir die notwendigen Schritte für dieses Ziel transparent planen und einpreisen. Dann wären wir in der Lage, den entstehenden Kosten die Ausgaben, die durch die unentgeltlichen Präventionsmassnahmen kurz-, mittel- und langfristig verhindert werden, entgegenzusetzen. Wir sind der Ansicht, dass Vorbeugen besser und billiger ist, als zu heilen. Der Stadtrat und die AL haben Mühe mit der Inselmentalität, die in der Motion zu spüren ist. Am Stadtzürcher Wesen soll nicht die ganze Welt genesen. Doch solange die Räte auf höheren föderalen Ebenen ihre Verantwortung in Public Health nicht wahrnehmen, ist es die Aufgabe des Gemeinderats, vermeidbare Krankheits- und Todesfälle zu verhindern. In diesem Sinn nehmen wir den Stadtrat beim Wort und erwarten, dass er den in Aussicht gestellten Bericht zur Versorgungslage in Auftrag gibt und dem Rat präsentiert. Anhand der Fakten werden wir die richtigen Schritte unternehmen können. Die AL unterstützt den Vorstoss nur als Postulat – aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. Sollte der Stadtrat nicht in die Gänge kommen, würden wir unsere Meinung ändern und den Vorstoss der Motionär\*innen unterstützen.*

**Walter Anken (SVP):** *Die Kostenlosigkeit des Angebots wird in der Motion sehr stark betont, doch kostenlos bedeutet nicht, dass es nichts kostet – nur, dass andere zahlen. Der Stadtrat ist einverstanden damit, dass Prävention die Gesundheitskosten entlastet. Er stört sich an der fehlenden Fokussierung der Motion. Nach dieser müsste man ein riesiges Angebot mit sehr hohen Kosten schaffen. Bereits heute gibt es verschiedenste kostenlose Angebote für Beratung, Testen und Impfen. Schweizweit nutzen 3 Prozent*



4 / 4

*das Gratisangebot der Grippeimpfungen. Da kann man sich fragen, was die Aufrechterhaltung bringt. Das Anliegen wird von uns als Motion oder Postulat abgelehnt. Der Stadtrat macht bereits vieles, ein weiterer Ausbau verursacht sehr viele Kosten.*

**Yves Henz (Grüne):** *Die Überweisung dieses Postulats stellt einen goldenen Tag dar – gemeinsam für eine Gesundheit für alle in dieser Stadt. Der Kampf derjenigen, die sich für die Menschenwürde und -rechte einsetzen, währt seit Jahrhunderten. Unterschiedliche linke Bewegungen setzten sich für die Gesundheit ein, die nicht ein Privileg ist, sondern ein Recht für alle. Schützen wir unsere Mitmenschen, das Leben und die Freiheit.*

Anna Graff (SP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Thomas Hofstetter (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2024/263 (statt Motion GR Nr. 2023/320, Umwandlung) wird mit 80 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat